



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 07 51/52

Mannover, Georgstraße 33

P/IV/91

Deutsches
Der Parteitag
ARCHIV

5. August 1949

Die SPD und die Berufssoldaten

sp. In der Juni-Nummer der Zeitschrift "Der Notweg" werden den im Wahlkampf befindlichen Parteien die Wünsche und Forderungen der ehemaligen Berufssoldaten mitgeteilt; die Zeitschrift nennt sich im Untertitel "Wirtschaftlicher Versorgungswegweiser für versorgungsbe-rechtigte ehemalige Angehörige der Wehrmacht und deren Hinterbliebene". Den Parteien wird gesagt:

"Wir einstigen Berufssoldaten wählen am 14.8. ohne Ausnahme die Parteien, die uns als ehrbar erachten und für unsere Rechte mutig eintreten. Keiner von uns wird bei dieser Wahl fehlen".

Die Forderungen an die Parteien werden in zwei Punkten zusammengefasst:

1. Wiederherstellung unserer seit der Kapitulation aberkannten Versorgungsrechte,
2. Wiedergutmachung des uns seit der Kapitulation angetanen Unrechts durch eine den Verhältnissen angepasste Entschädigung.

Das von den ehemaligen Berufssoldaten bekämpfte Unrecht hat seine Grundlage im Kontrollratsgesetz Nr.34 vom 31.8.1946, mit dem alle militärischen und militärähnlichen Organisationen, sowie alle Vereine und Vereinigungen, die der Aufrechterhaltung der militärischen Tradition in Deutschland dienen, aufgelöst wurden. In ihrem Aufruf an die Parteien fordern die ehemaligen Berufssoldaten die Anerkennung von zwei Bedingungen:

- a) Anerkennung der Ehrbarkeit ihres Standes,
- b) Regelung ihrer Versorgungsbezüge auf der Basis der früheren Militärversorgungsgesetze.

Diese beiden Hauptforderungen der Berufssoldaten sind - für sich betrachtet - berechtigt. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass ein ganzer Berufsstand nicht als ehrlos angesehen und behandelt werden kann. Jedes Wiederaufleben des Gedankens der Kollektivschuld ist abzulehnen und undiskutabel.

So berechtigt die Forderungen der Berufssoldaten sind, so bedenklich ist ihre Verkoppelung. Die Frage, die sich bei der Verkoppelung dieser beiden Forderungen aufdrängt, ist anderer Art. Sie lautet: Ist die Anerkennung der Ehrbarkeit des Standes der Berufssoldaten nur dadurch möglich, dass eine völlige Wiederherstellung der Rechte aus den früheren Militärgesetzen erfolgt?

Von den Berufssoldaten wird sehr stark betont, dass der Dienst des Soldaten eine Bindung besonderer Art zu Volk und Staat voraus-

setzt und zum Inhalt habe. Weder arbeitsrechtliche noch bürgerlich-rechtliche Normen könnten das Wesen seines Berufes und seines Dienstes erfassen. Der Dienst des Soldaten wäre durch den Fahneneid, der ein Treueverhältnis begründet, bestimmt. Dieses Treueverhältnis ende auch nicht mit der unritualischen Entlassung aus dem Dienst nach der Kapitulation im Jahre 1945.

Die Betonung ethischer Werte von Seiten der Berufssoldaten macht eine Klärung der Begriffe notwendig. Wir setzen in einem Gespräch mit Berufssoldaten als selbstverständlich voraus, dass von diesen so sehr betonten Treueverhältnis ausgegangen wird und zwar deshalb, weil auch die Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei zu dieser besonderen Treue gegenüber Volk und Staat verpflichtet. Nur auf dieser Basis ist überhaupt ein Gespräch möglich. Davon ausgehend erklären wir:

1. Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich,
2. die SPD lehnt jede Diffamierung des Standes der Berufssoldaten als undemokratisch und unsittlich ab,
3. die SPD tritt für eine ausreichende Altersversorgung der Berufssoldaten in der gleichen Weise wie für alle sonstigen Schichten des deutschen Volkes ein,
4. der Erlass eines Bundesgesetzes, das die Versorgung der Berufssoldaten regelt, ist notwendig (als Grundlage für die Versorgungsregelung kann von der vorhandenen Regelung der Beamtenversorgung ausgegangen werden),
5. die SPD hält die Schaffung von Umschulungs- und Ausbildungsstätten für ehemalige Berufssoldaten für notwendig, um ihnen Gelegenheit zu geben, in einem zivilen Beruf voll leistungsfähig zu werden.

Die Erfahrungen in der Weimarer Republik und die Erfahrungen während der Nazidiktatur veranlassen die SPD, an die Berufssoldaten einige ebenso selbstverständliche Forderungen zu richten. Der neu in der Bildung begriffene demokratische Staat kann es sich nicht leisten, Versorgungsgebühren und Rentenzahlungen an eine Schicht von Menschen vorzunehmen, die diesem Staat feindlich gegenüber stehen. Auch von den Berufssoldaten muss verlangt werden, dass sie an der Entwicklung des demokratischen Gedankens und des demokratischen Staates mitarbeiten. Dazu ist in vielen Fällen eine Einkehr und Wandlung des bisher gewohnten soldatischen Denkens notwendig. Dr. Kurt Schumacher hat in seiner Rede auf dem Düsseldorfer Parteitag, als er die Frage der Stellung der ehemaligen Mitglieder der NSDAP behandelte, die Problematik dieser Frage folgendermaßen formuliert:

"Die Sozialdemokraten wünschen nicht die Verfolgung der kleinen Mitläufer und Parteigenossen. Ihr Ziel war die ganz persönliche Einkehr und Umkehr in jedem Menschen, der einmal in dieser Bewegung mitgemacht hat. Jetzt haben zuerst die ausländischen und dann viele deutsche Faktoren diesen ganz individuellen unverzichtbaren Prozess in den Menschen unmöglich gemacht. Sie konnten bleiben, wer sie waren und brauchten sich nicht entscheidend zu ändern. Sie

sind jetzt in der Lage, die Formen der Demokratie zu handhaben, ohne ein positives Verhältnis zu ihrem Inhalt zu gewinnen".

Die berufsmässigen Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht sind nicht, wie es vielfach fälschlich getan wird, ohne weiteres mit den Nazis zu identifizieren. Ihr Verhalten liess oftmals eine schroffe Gegnerschaft zum Nazismus erkennen. Trotzdem muss auch von ihnen diese persönliche Einkehr und Umkehr erwartet werden. Das Bekenntnis zur Demokratie ist die Voraussetzung zur Klärung ihrer Situation, und zwar sowohl ihrer geistigen, als auch ihrer wirtschaftlichen.

Es wäre leicht, der Zeitschrift "Der Notweg" eine Antwort zu geben, in der die Forderungen der früheren Berufssoldaten anerkannt werden. Was wir wollen, ist ein klärendes Gespräch, das mit Ressentiments auf beiden Seiten aufräumt und positiven Kräften die Möglichkeit gibt, an dem demokratischen Aufbau Deutschlands teilzunehmen. Die ethischen Verpflichtungen, die sich für den Berufssoldaten aus dem Fahneneid ergeben, müssen in der Arbeit für ein demokratisches Deutschland neu wirksam werden.

(b/B1/58/t/hs)

Frankreich zwischen Strassburg und Atlantikpakt

Von Alfred Frisch, Paris

Das Echo, das die Wahlreden deutscher Politiker in der französischen Presse gefunden hat, trägt weitgehend dazu bei, die französische Stimmung Deutschland gegenüber zu verschlechtern. Man spricht sehr viel von dem wiedererwachenden deutschen Nationalismus und ist nicht abgeneigt, die klassische französische Sicherheitspolitik, die man durch die europäische Entwicklung überholt glaubte, gewissermassen wieder auszugraben.

Der Gedanke eines noch engeren Anschlusses des Saargebietes an Frankreich findet in der breiten Öffentlichkeit wenig Gegenliebe. Der Mann auf der Strasse, besonders in Ostfrankreich, sieht in den Saarländern trotz aller offiziellen Versicherungen Deutsche, die ihm nicht allzu viel politisches Vertrauen einflössen. Die wirtschaftliche Verschmelzung von Saar und Frankreich wird, wenn man von einigen davon unmittelbar betroffenen Wirtschaftskreisen absieht, allgemein gebilligt, man möchte aber über diese Art der Zusammenarbeit nicht gern hinausgehen. Bereits die Schaffung engerer kultureller Bande zwischen der Saar und Frankreich wird als verfrüht angesehen. Es fehlt auch nicht an Stimmen gegen die Initiative der französischen Regierung in der Frage der Zulassung der Saar zum Europäischen Rat in Strassburg. Einsichtige Kreise haben die Zweckmässigkeit dieses Schrittes ernstlich in Frage gestellt.

In Frankreich herrscht mehr und mehr das Gefühl vor, dass sich die politischen Ereignisse überschneiden und beinahe überstürzen. Im Augenblick, da die erste europäische Versammlung in Strassburg zusammentritt, taucht die Frage auf, ob dieser kaum geborene Organismus durch die weitere Entwicklung nicht schon überholt ist und einer

grösseren, atlantischen Gemeinschaft Platz machen muss. Die stärkere Anlehnung Westeuropas an die Vereinigten Staaten erscheint sehr wohl als strategische und wirtschaftliche Notwendigkeit. Der vorläufig noch sehr unbestimmte Plan der Verschmelzung der europäischen mit der amerikanischen Wirtschaft und der Schaffung eines einheitlichen Währungsgebietes wird in Paris keineswegs als Utopie angesehen, sondern grundsätzlich begrüsst.

Der wunde Punkt der französischen Deutschlandpolitik ist der Umfang einer deutschen Beteiligung an europäischen oder internationalen Gemeinschaften. Frankreich zögert bereits bei der Zulassung Deutschlands zum Europäischen Rat in Strassburg, und es ist eindeutig ablehnend in der Frage einer etwaigen deutschen Beteiligung am Atlantikpakt, obwohl man sich andererseits bewusst ist, dass man Deutschland ohne Gefährdung der westeuropäischen Sicherheit dem Osten gegenüber unmöglich auf die Dauer in Absichtsstellung lassen kann und darf. Diese Erkenntnis wiegt jedoch nicht die tiefe französische Abneigung gegen jede militärische Rolle Deutschlands auf. Jede derartige Entwicklung müsste ziemlich sicher mit einem französischen Veto rechnen.

Das Verhältnis zwischen Frankreich und Grossbritannien ist ebenfalls nicht schattenfrei, z.T. wegen der deutschen Frage. In Paris herrscht zum Beispiel die verbreitete Ansicht vor, Grossbritannien widersetze sich nur deswegen der Zulassung der Saar in den Europarat, um dadurch gewissermassen die Deutschen für seine negative Haltung in der Demontagefrage zu entschädigen. In Nordafrika befürchtet Frankreich eine Unterstützung des arabischen Nationalismus in Tunesien durch britische Agenten in Tripolitanien. Im Mittleren Osten freut es sich schliesslich über die Misserfolge seines Verbündeten und stellt mit Genugtuung fest, dass der französische Einfluss in diesen Gebieten jetzt grösser ist als der britische.

Der wichtigste Streitpunkt zwischen Grossbritannien und Frankreich betrifft heute zweifellos die kontinentale Verteidigung in Falle eines Angriffes vom Osten her... Während London weiterhin sein Glück und seine Stärke in seiner Inselstellung sieht und in Washington versucht, die amerikanischen Verteidigungspläne darauf abzustellen, befürchtet Frankreich nichts mehr als eine Invasion, da alle Franzosen überzeugt sind, dass das Land vor einer neuen Befreiung fast völlig zu Grunde gerichtet wäre. Paris besteht daher unbedingt auf der Verteidigung des Kontinents mit amerikanischer und auch mit britischer Hilfe, wobei die Rheinlinie als Minimum angesehen wird mit dem Wunsch, die östliche Verteidigung Westeuropas soweit wie möglich vorzuschieben.

1935 Bürckel-Propagandisten - heute in der Saar-Regierung

sp. Der Leiter des Informationsamtes der saarländischen Regierung, Dorscheid, bezeichnete im Rundfunk die Äusserungen Dr. Schumachers über die Beteiligung des Saarlandes am Europarat als "Wahlmache, die für die Ohren deutscher Wähler bestimmt ist".

Dorscheid hätte alle Ursache, etwas bescheidener aufzutreten, denn im Wahlkampf der Saar-Rückgliederung des Jahres 1935 hat er als einer der agilen Propagandaredner der sogenannten "Deutschen Front" von Bürckels Gnaden lauter als die meisten anderen "heim ins Reich" gerufen. Auch heute befindet er sich wieder in guter Gesellschaft. Das "Mouvement pour le Rattachement de la Sarre à la France", also die Gruppe, die als fünfte Kolonne eines antiquierten französischen Annexionismus 1945 auf die Saar losgelassen wurde und deren Mitglieder in die Spitzenstellungen bei allen politischen Parteien des Saarlandes geschmuggelt wurden, ist voll von alten Nazis und Bürckeljüngern, die im Schatten der französischen Gnade ihre alten Sünden verträumen. Einer von ihnen ist der Patentsachverständige der Saarregierung, der an dem Abschluss des saarländischen-französischen Patentabkommens mitgearbeitet hat, durch das die deutschen Patente vier Jahre nach Kriegsende im Saarland schutzlos gemacht wurden. Es ist der Patentanwalt Quarder aus Stuttgart, ehemals Gauamtsleiter für Technik bei der Gauleitung Stuttgart, Erfinder der "lex Quarder", durch die "verdienten Nationalsozialisten", vor allem ihm selbst, der Zugang zur Patentanwaltschaft erleichtert wurde. Es wäre interessant, zu wissen, ob er sein Spruchkammerverfahren in Stuttgart abgewartet hat, ehe er seine Dienste der Saar-Regierung angetragen hat.

Ein noch krasserer Fall ist Rechtsanwalt Hamann, 1933 kommissarischer Bürgermeister in Neustadt/Naardt. Ein skrupelloser Vollnazi, an den man in der Pfalz mit entsprechenden Gefühlen zurückdenkt. Heute ist er saarländischer Staatsangehöriger, obwohl er dies nach den gültigen saarländischen Gesetzen niemals sein dürfte.

Im Presseverlag Saarbrücken ist kürzlich das Buch "Das Saarland im Wandel der Zeiten" erschienen, ein blau-weiss-rot illustriertes Bilderbuch, das wehmütig der grossen Zeit gedenkt, da Marschall Ney und die Generale Napoleon "mit dem roten Band der Legion geschmückt" in Saarlouis umherspazierten. Autor des Buches ist derselbe Johannes Kirschweg, der 1935 Herrn Goebbels den schmalzigen Roman "Das Wachsende Reich - ein Saarroman" schrieb, und aus dessen Flugschrift "Widerstand beginnt", ebenfalls 1935 erschienen, wir nur einen von vielen schönen Sätzen zitieren, die Johannes Kirschweg, alias Franz Bernard, dem französischen Ortskommandanten derselben Stadt Saarlouis damals ins Gesicht schleuderte. "Ich bin Deutscher, so sicher wie hier Deutschland ist und wie mein Vater schon als Deutscher auf die Welt gekommen ist. Hier ist Deutschland und hier wird Deutschland bleiben!" Kein Wunder, dass Kirschweg 1935 im Stadttheater in Saarbrücken den

von "Gauleiter" Bürckel gestifteten "Westmarkpreis für Literatur" in Empfang nahm. Johannes Kirschweg war einmal katholischer Geistlicher, sein Bischof in Trier, der in der Frage der deutschen Saar aus seinem Herzen keine Mördergrube macht, wird ihn ebensowenig schätzen wie wir. Dass er bei dem (ebenfalls der saarländischen CDU angehörenden) Kultusminister des Saarlandes, Emil Straus, bestens gelitten ist, versteht sich von selbst. Denn derselbe saarländische Minister veröffentlichte noch 1935 in Würzburg ein Buch über die "Gesellschaftliche Gliederung des Saarlandes", das mit den schönen Worten schliesst: "Die Sehnsucht der Saar ist die Treue zur deutschen Heimat".

Heute Saarseparatisten, 1935 "Deutsche Front" - diese Männer sind wahrlich berufen, Dr. Schumachers Kritik an der Saarpolitik zu kritisieren.
(b/B67/2/hs)

(Als vierter Beitrag im Rahmen unserer Kurzartikel über die Bedeutung der Bundesorgane.
D.Red.)

Die Bundesregierung

Von Dr. Georg Diederichs

Die Bundesregierung hat im Rahmen der Organe des Bundes eine besondere Stellung.

Sie besteht aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern und bildet das parlamentarisch kontrollierte oberste Bindeglied zwischen Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung. Dabei hat der Bundeskanzler eine besonders starke Position. Er bestimmt die Richtlinien der Politik, die er mit seinem Kabinett zu befolgen beabsichtigt. Er, der Bundeskanzler, beruft seine Mitarbeiter (Minister), die zu ihrer Antsführung nicht des vorherigen Vertrauens des Bundestages bedürfen. So konzentriert sich die Verantwortung dem Parlament gegenüber im Kanzler. Das findet seinen deutlichen Ausdruck in der Art der Berufung und des Vertrauens- bzw. Misstrauensvotums. Der Bundeskanzler wird (Art.63) vom Bundestag (Parlament, ohne Bundesratsmitwirkung) mit absoluter Mehrheit, also von mehr als der Hälfte aller Mitglieder gewählt. Das Vorschlagsrecht steht dem Bundespräsidenten zu. Wird in zwei Wahlgängen die absolute Mehrheit nicht erreicht, kann mit einfacher Mehrheit ein Kanzler gewählt werden. Wählt das Haus mit mehr als der Hälfte seiner Mitglieder einen anderen zum Kanzler als den vom Präsidenten vorgeschlagenen, ist der Bundespräsident verpflichtet, diesen zu ernennen. Findet kein Kandidat die absolute Mehrheit, so kann der Bundespräsident entweder den mit relativer Mehrheit gewählten Kanzler ernennen oder innerhalb einer Woche das Parlament auflösen.

Ein beachtlicher Faktor der Stabilisierung der Bundesregierung hat im Art.57 des Grundgesetzes seinen Niederschlag gefunden. Ein Misstrauensvotum kann dem Bundeskanzler, mithin also dem Kabinett, nur dadurch ausgesprochen werden, dass eine absolute Mehrheit des

Parlamentes einen Nachfolger wählt und zur Ernennung präsentiert. Mit ihm muss sich also die Opposition auf einen gemeinsamen Kanzlerkandidaten einigen und bereit sein, die Regierungsgeschäfte voll verantwortlich zu übernehmen. Damit wird die wilde Krisenmacherei extremer Gruppen, die sich nur im Meinsagen zusammenfinden, ausgeschaltet, und nur eine echte verantwortungsbewusste Opposition kann zum Zuge kommen. In dieser Form parlamentarischer Vertrauensfrage liegt eine gute konstruktive Idee. Diese Art der Misstrauensausssprache wird daher auch "konstruktives Misstrauensvotum" genannt.

Um aber einer heterogenen Opposition, die nicht zur Kanzlerwahl und damit Regierungsbildung kommt, eine Lahmlegung der Gesetzgebungsarbeit zu unterbinden, kann der Kanzler bei Ablehnung eines Vertrauensvotums die Auflösung des Parlaments beim Bundespräsidenten verlangen. Zuvor ist noch die Möglichkeit offen, dringende Gesetze mit Hilfe einer Legalitätsreserve, die in diesem Falle der Bundesrat bildet, zu erlassen. Dies allerdings gilt nur für ein halbes Jahr. Gegenüber Weimar bedeutet die neue Konstruktion sicher einen erheblichen Fortschritt.

- - - - -

64 namhafte katholische Sozialdemokraten, die mit ihrer Unterschrift dafür einstehen, haben den folgenden Aufruf erlassen:

Aufruf an die katholischen Wähler und Wählerinnen!

Pater IVO ZEIGER sagte auf dem Mainzer Katholikentag 1948: "...Es ist nicht gut, wenn wir unseren seelsorglichen Besitzstand nach den Wahlergebnissen der Parteien beurteilen wollten... Wenn wir auch in Deutschland aufgrund unserer Eigenart selbst sehr fernliegende Fragen weltanschaulich zu unterbauen pflegen, so hat sich doch herausgestellt, dass die vertikale Gliederung des Volkes in Parteisäulen durchaus nicht dem tatsächlichen Denken des Volkes entspricht... Ein horizontaler Querschnitt durch alle Parteien würde offenbaren, dass es überall Christen und Nichtchristen gibt".

Viele Tausende gläubiger praktizierender Katholiken sind Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei.

Während die CDU ihre Politik nach dem Programm von Professor Erhard ausrichtet: "Bedarf ist das, was durch Kaufkraft unterbaut ist", bekennen wir uns aus christlichem Grundsatz dazu: BEDARF IST DAS, WESSEN DER MENSCH BEDARF. Die auf dem Wettbewerb aufgebaute "freie Marktwirtschaft", für die die CDU verantwortlich ist, zu deren Sicherung sie sich trotz der Mahnung der Bischöfe mit der FDP, der Partei des weltanschaulichen Liberalismus, verbündet, widerspricht den sozialpolitischen Leitsätzen der Kirche.

Denn Papst Pius XII. erklärt: "Die Wettbewerbsfreiheit kann aber unmöglich regulatives Prinzip der Wirtschaft sein... Der freie Wettbewerb hat zu einer Selbstaufhebung geführt... Professor Erhard jedoch verkündete im Wirtschaftsrat: "Ich glaube, hier auch noch dazun zu

können, dass der Markt die einzige wohltätige Einrichtung ist, um eine gerechte, eine maximale Verteilung zu schaffen".

Es widerspricht dem Christentum und der Lehre der katholischen Kirche, den Kapitalismus zu verteidigen. Im Jahre 1932 schrieb die Vatikanzeitung "Osservatore Romano": "Der Kapitalismus ist eine Sünde wider die Natur, .. ein soziales Übel gleich der Krebskrankheit... Er hat nicht eine atheistische Überstruktur, sondern ist atheistisch in seiner Struktur selbst. Das Gold ist sein Gott - und nicht derjenige, welcher erklärt hat, dass alles Gold, woher es auch komme - ob von den Feldern oder aus den Fabriken, vom Eigentum oder der Arbeit - allen zugänglich sein muss. Wer darum die Kirche anklagt, mit dem Kapitalismus verbündet zu sein, schadet der Wahrheit und spricht eine Beleidigung aus..."

Die CDU, indem sie sich "christlich" nennt und die kapitalistische Ordnung wiederherstellt, schadet der Kirche, indem sie ein furchtbares Ärgernis gibt, das auf diese zurückfällt. Von allen NATURRECHTEN ist das L E B E N S R E C H T , das Recht des Menschen auf Nahrung, Wohnung und Kleidung, das erste und wichtigste.

So wie Christus ein Armer war und zu den Armen und Enterbten ging, wollen wir katholischen Christen, aus unserem Gewissen heraus, eine Politik betreiben, die der kleinen Masse hilft.

DARUM STEHEN WIR IN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI!

Darum fordern wir unterzeichneten Katholiken Euch, katholische Wähler und Wählerinnen auf, am 14. August der Partei Eure Stimme zu geben, die um das Lebensrecht unseres Volkes kämpft, der SPD.

Unterzeichnet haben diesen Aufruf u.a.:

Landrat Bach, Friedberg - Bundestagskandidat Anton Becker, Steinheim - Vorsitzender der SPD-Stadtverordnetenfraktion Köln, Theo Burauen - Bundestagskandidat Julius Drescher, Brilon - Rechtsanwalt W. Ellinghaus, Hannover - Landtagsabgeordneter Christian Endemann, Amberg - Dr. med. Heinz Esser, Braunschweig - Bundestagskandidat Otto Graf, München - Landrat Dr. Walter Haschke, Burg Langenfeld - Bürgermeister Franz Heinen, Bonn - Altbürgermeister M. Heckel, Landshut - Oberregierungsrat Josef Launer, Straubing - Stadtrat Josef Rothauer, Regensburg - Bürgermeister Robert Ruh, Freiburg i. Br. - Josef Seifrid, München - Bundestagskandidat W. Seuffert, München - Oberbürgermeister Lorenz Wichler, Schwanendorf - Bürgermeister Sittig, Würzburg - Dr. Maximilian Thiess, Dülmen i. Westf. - Direktor August Weiss, Neustadt an der Weinstraße - Oberregierungsrat Franz Zdralek, Nürnberg.